

LANDESVERBAND DER SOZIALARBEITER  
IN DER STRAFRECHTSPFLEGE

Fachverband im Deutschen Beamtenbund · Landesbund Nordrhein-Westfalen



LVS · Klusenerweg 31 a · 4770 Soest

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

**ZUSCHRIFT**  
**11/976**

Klusenerweg 31 a  
**4770 Soest**

Telefon 0 29 21/6 00 55 p.

0 29 21/1 54 80 u. 172 44 d.

An die  
Abgeordneten  
des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfa  
lens des Haushalts- u. Finanzausschusses  
4000 Düsseldorf

Datum 23. Sept. 1991

Betr.: Landeshaushalt 1992

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den vergangenen Jahren konnten wir die Anmeldung für den neuen Haushalt jeweils mit einem Dank beginnen, da als aufgabenkritische Zuweisung einige neue Stellen für Bewährungshelfer, Gerichtshelfer und Sozialarbeiter in der Führungsaufsicht zur Verfügung gestellt wurden.

Unerfindlich bleibt uns im Rückblick auf den Landeshaushalt 1991, warum aus rein fiskalischen Gründen von dem einmal festgestellten Bedarf - im Stellenplanentwurf vom November 1990 waren 5 Stellen als unabweisbarer Bedarf für Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege eingerichtet - abgerückt wurde. Mit Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, daß jedoch die Zuwendungen für die vier zentralen Beratungsstellen für Straftentlassene - im Gegensatz zu unseren Aufgaben keine Pflichtaufgaben des Landes - um 10% erhöht wurden.

Für den Landeshaushalt 1992 erwarten wir in erster Linie Verbesserungen im strukturellen Bereich. Infolge der Sparmaßnahmen der Landeshaushalte seit 1980 und aufgrund einer ungünstig gewachsenen Personalstruktur (1970 182 Stellen, 1980 554 Stellen und 1990 633 Stellen) kommt es bei den Bediensteten unseres Bereichs zu erheblichen Wartezeiten bei den Beförderungen. Hier wiederum betrifft es in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen im Eingangsamtsamt, wo inzwischen Wartezeiten von 12 Jahren und mehr seit dem Einstieg als Bewährungshelfer keine Seltenheit sind. Von den Sozialinspektoren, die die Voraussetzungen zur Übernahme ins erste Beförderungsamtsamt erfüllen, sind ca. 35% davon betroffen.

Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen im Landesdienst fallen diese Wartezeiten in negativer Hinsicht ins Auge und wir halten es im Rahmen der Fürsorgepflicht

Kontoverbindung:  
Postgiroamt Köln  
(BLZ 370100 50)  
Kto. 242626-503

des Dienstherrn endlich für dringend geboten, über konkrete Maßnahmen (z.B. zeitlich befristete Herausnahme des 1. Beförderungsamtes aus der Phasenverschiebung) für eine soziale Abfederung Sorge zu tragen.

Unerwähnt lassen wollen wir jedoch auch nicht die Belastungssituation. Nicht zuletzt wegen der schwierigen finanziellen Situation des Landes erklären wir uns vorübergehend mit der Fallmeßzahl von 45 Probanden einverstanden, was bei der derzeitigen Belastung (Stand 1.7.1991) immer noch ein Pensum von 1,4 bei einer Betreuung von landesweit 63 Probanden pro Bewährungshelfer ergibt.

Der stetige, wenn auch geringfügige Stellenausbau in den letzten Jahren (außer in 1991) sowie die leicht stagnierende Gesamtentwicklung in der Belastung machen es gleichwohl erforderlich, im kommenden Haushalt eine aufgabenkritische Zuweisung von neuen Planstellen vorzunehmen, wobei wir erwähnen möchten, daß das Klientel in den letzten Jahren immer schwieriger geworden ist, wenn wir an die Zunahme von Suchtmittelabhängigen denken und auf die HIV-Infizierten und an AIDS-erkrankten Personen sowie Wohnungslosen verweisen dürfen.

Zusammenfassend erwarten wir daher mit Blick auf die eingangs gemachten Ausführungen, daß das Land, einmal mit einem Schüler verglichen, erst seine Hausaufgaben macht, bevor es sich seinen Hobbys zuwendet.

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschuß (Personalausschuß) erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



(Harbeke)

Geschäftsf. Vorsitzender